

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21 90 38/39
Telex: 8 85 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Christian Müller MdB
zum Rechtsextremis-
mus: Entwurzelte als
neue Herrenmenschen.

Seite 1

Dr. Dietrich Sperling
MdB zur Wahl des rus-
sischen Präsidenten:
Jetzt wächst in Gor-
batschows Rolle.

Seite 2

Dr. Marliese Dob-
berthien MdB zum
Karlsruher Beschluß:
Nichteheliche Kinder
diskriminierende Vor-
schrift abschaffen.

Seite 3

Horst Niggemeier MdB
zu Möllemanns Kohle-
politik: Unsicherheit im
Revier verbreitet.

Seite 4

Jeanette Rott zur
"Woche für das Leben":
Starre Haltung der ka-
tholischen Kirche.

Seite 5

Horst Kubatschka MdB
zur Tempo 30-Forde-
rung: Kinder retten.

Seite 6

46. Jahrgang / 110

13. Juni 1991

Entwurzelte führen sich als neue Herrenmenschen auf Zum Anwachsen des ultrarechten Potentials in den neuen Bun- desländern

Von Christian Müller MdB (Zittau)

An Häuserwände geschmierte Parolen wie "Ausländer raus" und "Deutschland den Deutschen", allerorten Hakenkreuze auf Mauern und kahlgeschorene Skinheads, die wo und wenn sie wollen "Sieg Heil" skandieren, gehören leider zum Bild fast aller größeren Städte in den neuen Bundesländern. Diese Entwicklung ist auch bereits seit längerer Zeit in Görlitz und in Zittau zu beobachten. Hier wie dort ist es aber schon längst nicht mehr bei der einfachen verbalen oder schriftlichen Äußerung einer rechtsextremistischen Gesinnung geblieben. In Zittau ging eine Gruppe von Neonazis unter Anführung des Republikanerchefs Rene Druschke mit brutaler Gewalt gegen wehrlose sowjetische Kinder vor, die sich zur Erholung in Deutschland aufhielten. "Ausländer raus", gerichtet gegen strahlengeschädigte Kinder, die sowieso am nächsten Tag wieder in ihre Heimat zurückkehren wollten!? Irgendetwas stimmt da doch nicht in den Köpfen derjenigen, die ihren Haß gegen alle wenden, die nicht so sind wie sie selbst. In Görlitz wenden sich Haß und Gewalt junger Rechtsextremisten gegen die Polen, die auf der andren Seite der Neiße ihre Heimat haben, die unsere Nachbarn sind in einem Europa, das zusehends zusammenwächst, zusammenwach-
sen soll.

Unter dem, betrachtet man einmal diejenigen, die sich da versammeln wollen, allerdings fadenscheinigen Motto "Europas Stärke - seine Freiheit", haben Neonazis nun für den 15. Juni einen Demonstrationszug durch Görlitz geplant. 500 Menschen wollen da zusammenkommen. Das sind 500, die zeigen wollen, daß Europas Stärke in der Freiheit von anderen, beispielsweise unseren Nachbarn, den Polen, liegen soll. Das ist nicht die Freiheit, die gemeint war, als im Herbst 1989 Hunderttau-
sende auf unsere Straßen gingen, um sich die Freiheit von einem ver-
brecherischen Regime zu erstreiten, das uns mit den leeren Worthül-
sen von der "internationalen Völkerfreundschaft" und den
"sozialistischen Bruderländern" fast bis zum Erbrechen gefüttert hatte. Die Massenkontakte im Rahmen dieser Völkerfreundschaft fanden da-
bei allerdings zumeist auf der Ebene verschieden stark ausgeprägter
Mangelwirtschaften statt. Zog es die Ostdeutschen zuerst noch nach
Polen oder in die Tschechoslowakei, um dort in den Geschäften vorrä-
tige Güter einzukaufen, so kehrte sich diese Bewegung schon bald um. Diesmal waren es die Polen, die auf unserer Seite der Grenze ver-
suchten, das zu erstehen, was es in ihren Geschäften nicht gab.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kontinuierliche
mit verschönten
Kontaktpapier



Eigentlich verwundert es nicht, daß die Vorurteile gegenüber den Nachbarn im Osten, die während mehrerer Jahrhunderte in Deutschland so gepflegt worden sind, bei denjenigen haften bleiben mußten, deren Selbstbewußtsein nur schwach entwickelt ist. Sie suchen sich ihr Feindbild, und verleitet von scheinbar "starken Männern" richtet sich ihr Haß gegen diejenigen, die schwächer sind. In Görlitz sind es die Polen, deren Anwesenheit Rechtsextremisten zum Protest reizt. 500 Neonazis sollen es am Wochenende sein, die sich gegen diejenigen wenden wollen, denen es in der Tat noch schlechter geht als uns. Es sind doch blanke Zahlen, die davon Zeugnis geben, um wieviel geringer der Lebensstandard in Polen ist. Tatsache ist auch, daß Polen weder Arbeits- noch Ausbildungsplätze wegnehmen und keinerlei Schuld am wirtschaftlichen Niedergang des Ostens Deutschlands haben. Die wirtschaftliche Schwäche Osteuropas dagegen reizt die Neonazis schon wieder, sich selber als Herrenmenschen aufzuführen, die ihren aufgestauten Frust in Aggressionen abladen, und die wieder einmal glauben, in Polen, Rumänen, Russen und anderen den "slawischen Untermenschen" entdecken zu können, der die Schuld an der ganzen Misere trage.

Die Radikalisierung und Kriminalisierung, die aus dem Haß auf das Alte und der Enttäuschung über das Neue herrührt, greift in den neuen Bundesländern immer weiter um sich. So sind auch schon Todesopfer zu beklagen. Auf eine Stärke von etwa 15.000 Jugendlichen schätzt die Polizei das vorhandene Gewaltpotential. Dem stehen 2.000 aktive Neonazis gegenüber. Die Rechtsradikalen fordern den deutschen Rechtsstaat in einer Situation heraus, die ihre oberflächlichen Parallelen mit derjenigen zum Ende der zwanziger Jahre aufweist. Man kann wohl annehmen, daß die Rechtsextremisten hinsichtlich ihrer immer noch steigenden Anhängerschaft davon profitieren, daß längst nicht alles so gekommen ist, wie es versprochen schien: soziale Verwerfungen, Arbeits- und Orientierungslosigkeit, sowie die Angst, fremdbestimmt - allerdings vom Westen - zu werden, waren nicht erwartet worden. Sie haben den Boden bereitet, auf dem sich ihre Aktionen entfalten. Die Neonazis der neuen Länder scheinen dabei sogar schon so etwas wie eine eigene, von westlichen Rechtsextremisten unabhängige Identität entwickelt zu haben.

Neben Dresden und Frankfurt/Oder droht nun auch Görlitz zu einem Zentrum der unheimlichen "Bewegung" aus Neid, Haß und Brutalität zu werden. Schon hat die Polizei die Anwohner entlang des Demonstrationsweges der Neonazis schriftlich dazu aufgefordert, sich unauffällig zu verhalten, um bloß nicht die Aufmerksamkeit der Rechtsextremisten auf sich zu ziehen. Mehrere Hundertschaften aus Bayern werden die Görlitzer-Polizei verstärken, die versuchen muß, Übergriffe an der deutsch-polnischen Grenze zu verhindern. Tatsächlich steht am Samstag das deutsch-polnische Nachbarschaftsverhältnis auf dem Spiel. Es wäre bedauerlich, würden die Neonazis sich mit ihrer Gewalt durchsetzen, hat die Region an der Neiße doch tatsächlich nur dann eine Chance zur wirtschaftlichen Entwicklung, wenn sie diesen Weg zusammen mit ihren Nachbarn in Richtung Europa geht.

(-/13. Juni 1991/rs/ks)

Jelzin wächst in Gorbatschows Rolle Zur Wahl des russischen Präsidenten

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Alle Nachrichten sprechen von Jelzins Wahlerfolg. Der bürdet ihm nun die Last auf, die Gorbatschow bisher trug: Schnelle Reformen zu bewirken, die Versorgung zu verbessern, die Mafia zu beseitigen, die Völkerstreitigkeiten zu beenden - alles ohne die dazu nötigen Werkzeuge.

Damit endet eine Epoche endgültig: Jelzin ist nicht mehr in der Lage, populistische Schuldzuweisungen an Gorbatschows Adresse zu richten.

Das hatte er schon vor einigen Monaten verringert, als er begriffen hatte, daß er dem sowjetischen Militär andere Zukunftsaussichten als die privatisierter Arbeitslosigkeit eröffnen müßte und daß die russische Republik aus vielen rohstoffreichen Gebieten besteht, deren Völker ebenfalls "Unabhängigkeit" - Direktzugang zu den Weltmärkten - von Rußland anstreben, so wie die baltischen Völker die Unabhängigkeit von der Sowjetunion verlangen.

Nun muß auch Jelzin zusammenbinden, was einzeln nicht überleben kann, obwohl die Einsicht in die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von ihm lange Zeit nicht gefordert, sondern weg-geredet worden ist.

Auf ihm ruhen miteinander nicht vereinbare - von ihm selbst geweckte Hoffnungen, das dürfte sein Bündnis mit Gorbatschow festigen, obwohl die Versuchung groß ist, seine "demokratische Legitimation" gegen Gorbatschow auszuspielen.

Ohne Zweifel ist Jelzin nun der Politiker (nicht nur in Rußland, nicht nur in der Sowjetunion, sondern weltweit), der bei recht hoher Wahlbeteiligung eine hohe Zustimmungsquote zu seiner Person behaupten kann. Aber die wurde ihm von einer Wählerschaft gegeben, die sich ähnlich über die zu lösenden Probleme irt, wie die ostdeutschen Wähler über die Folgen der Einführung der DM. (Und da irten nicht nur die Wähler - der Wahlheld irrte ebenfalls - mindestens hierin dürfte Jelzin Kohl gleichen).

Blut, Schweiß und Tränen versprach einst Churchill - sehr realistisch - dem britischen Volk. Sie stehen den Völkern Rußlands und der Sowjetunion leider ebenfalls bevor - eine Vorbereitung darauf aber gab es nicht im Wahlkampf.

Der Westen hat eine Chance, sich selber vor allzu viel Unbill aus dem Osten zu bewahren - er muß helfen und zwar den Völkern. Um das zu tun, muß er von Gorbatschow und Jelzin ihre Zusammenarbeit verlangen - Populismus, Popularität und taktische und strategische Klugheit (auch Rücksichtnahme auf Machtfaktoren genannt) müssen zusammengehen - um drohende katastrophale Entwicklungen möglichst klein zu halten; zu vermeiden sind sie nicht mehr, am wenigsten durch einen der beiden allein - weder durch Jelzin, den Helden des Ostens, noch durch Gorbatschow, den des Westens.

(-/13. Juni 1991/rs/ks)

Nichteheliche Kinder diskriminierende Vorschrift abschaffen

Zum veröffentlichten Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zur Stellung von Kindern aus nichtehelichen Lebensgemeinschaften

Von Dr. Marliese Dobberthien MdB

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zum Sorgerecht im Falle der Ehelichkeitserklärung von nichtehelichen Kindern ist sehr zu begrüßen.

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Vorschrift des BGB für verfassungswidrig erklärt, wonach das Sorgerecht für ein nichteheliches Kind zwangsläufig von der Mutter auf den Vater übergeht, sobald der Vater das Kind vor dem Vormundschaftsgericht für ehelich erklärt. Es war damit für unverheiratete Paare bisher nicht möglich, das Sorgerecht für ein Kind gemeinsam auszuüben. Nach Auffassung der Karlsruher Richter verstößt diese Schlechterstellung nichtehelicher im Vergleich zu ehelichen Kindern gegen das Grundgesetz.

Die nun für verfassungswidrig erklärte Regelung ist ein Relikt vergangener Zeiten, als der Vater noch das Letztentscheidungsrecht bei Streitigkeiten der Eltern über Erziehungsfragen hatte (Stichentscheid). Sie ist nicht mehr zeitgemäß und geht von patriarchalischen Vorstellungen aus: Durch diese sogenannte "Legitimation" wird das Kind quasi dem Vater zugesprochen. Die

Gewährung des Rechtsstatus eines ehelichen Kindes bedeutet zwangsweise den Verlust des Sorgerechts der Mutter. Dadurch gerät die Mutter in eine Zwickmühle: Will sie für ihr Kind die Rechtsstellung eines ehelichen Kindes mit all ihren Folgen, insbesondere das uneingeschränkte Erbrecht, so muß sie vollständig auf ihr Sorgerecht verzichten.

Die Regelung bedeutet eine krasse Mißachtung des mütterlichen Anteils an der Sorge, Erziehung und Pflege der Kinder. Damit wird das Sorgerecht eines Mannes höher bewertet, als das einer Frau.

Der Beschluß ist eine Ohrfeige für den Bundesjustizminister, der ähnlich wie beim Namensrecht die beanstandete Regelung als verfassungskonform bezeichnet hatte. Die Bundesregierung ist nun aufgefordert, diese diskriminierende Vorschrift zu ändern.

(-/13. Juni 1991/rs/ks)

Unsicherheit im Revier verbreitet
Zu Möllemanns Kohlepolitik

Von Horst Niggemeier MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Recklinghausen

Es ist nicht zu kritisieren, daß Bundeswirtschaftsminister Möllemann staatliche Subventionen abbauen will. Daß er dies innerhalb von zwölf Monaten mit einer willkürlich festgesetzten Summe von zehn Milliarden DM - warum nicht acht oder zwölf Milliarden? - tun will, läßt jedoch berechtigte Zweifel aufkommen, ob das alles ein sorgfältig durchdachtes und geplantes Manöver ist.

Auch das Schnick-Schnack, mit dem "Tricky-Möilly" (Künstlername des Ministers in der FDP-Fraktion) seine Streichungs-Arien verziert hatte, sah mehr nach Schau, denn nach Seriosität aus: Rücktrittsdrohung, wenn die Zehn-Milliarden-Streichung nicht erreicht wird; alles nach dem Motto: Möllemann geht und die Republik bricht zusammen. Nein - etwas mehr Gelassenheit bei der Übernahme des Amtes hätte dem liberalen "Cleverle"-Verschnitt aus Westfalen gut zu Gesicht gestanden. So aber hat "Tricky-Möilly" eine unerträgliche Unsicherheit in den Kohlerevieren und den dort von und mit der Kohle lebenden Menschen verbreitet.

Am Beispiel der Kohlesubventionen wird erkennbar, daß der Bundeswirtschaftsminister nicht bedacht hat, daß es laufende Verträge sind, die da gebrochen werden, wenn es denn tatsächlich dazu kommen sollte, daß Verstromung und Verkokung der heimischen Steinkohle ab sofort deutlich reduziert würden.

Vertragstreue aber ist für jeden ehrbaren Kaufmann ein eherner Grundsatz. Der gelernte Pädagoge Möllemann weiß das sehr genau. Er sollte sich deshalb dieses Grundsatzes ebenso erinnern, wie der Zusage des Bundeskanzlers an die Bergleute, wonach es bei dem Kohleverstromungsvertrag mit den vereinbarten 40,9 Millionen Tonnen Steinkohle bis 1995 bleibt und danach ein Anschlußvertrag vereinbart werden soll.

Wenn Möllemann mit seiner konzeptionslosen Kohlepolitik so weiter macht, dann wird Kanzler Kohl in Zukunft in den Kohlerevieren seine Reden und Gespräche jeweils mit der Formel eröffnen: "Es gilt das gebrochene Wort."

Es ist deshalb jetzt Sache des Bundeskanzlers als dem Inhaber der Richtlinienkompetenz, seinem Bundeswirtschaftsminister klarzumachen, was mit ihm, dem Bundeskanzler in der Kohlepolitik geht, und was nicht geht. In diesem Zusammenhang muß jedoch dem Bundeskanzler empfohlen werden, sich nicht auf das im Bundeswirtschaftsministerium schon seit Bange-

manns Zeiten entwickelte und gepflegte Schwarzer-Peter-Spiel mit Brüssel einzulassen, so nach dem Motto: Wir möchten ja wohl, aber Brüssel verbietet es!

Der Bundeskanzler soll sich in Brüssel so europäisch verhalten, wie das seine Amtskollegen in Paris und London auch getan haben: Frankreich und Großbritannien haben jeweils eine nationale Energiepolitik entwickelt, die den Interessen ihrer Länder sehr dienlich sind. Es sind keine Gründe erkennbar, warum nicht auch der deutsche Regierungschef so handeln soll. Daß Möllemann und seine Gehilfen im Augenblick vom Kanzler vorausseilenden Gehorsam in Brüssel verlangen, ist weder national einsehbar noch politisch zumutbar - weder für den deutschen Kanzler, noch für die Bergleute, bei denen der Kanzler im Wort steht.

(-/13. Juni 1991/rs/ks)

Starre Haltung der katholischen Kirche

Zu der von der Deutschen Bischofskonferenz veranstalteten "Woche für das Leben"

Von Jeanette Rott

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann in Rheinland-Pfalz

Die Haltung der Deutschen Bischofskonferenz zu der von der Regierungskoalition von SPD und FDP getroffenen Vereinbarungen zum Schwangerschaftsabbruch ist zu starr. Werdendes Leben ist nicht durch das Strafrecht und nicht gegen den Willen der Frau zu schützen. Die katholische Kirche tut sich sehr schwer, die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht der Frau anzuerkennen.

Es ist ein untaugliches Mittel, in einer "Woche für das Leben", wie von der Deutschen Bischofskonferenz in der Zeit vom 10. bis 16. Juni 1991 festgelegt, nur wieder Stimmung gegen die Fristenlösung und somit gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau zu erzeugen. Nach dem "Glockenläuten" des Fuldaer Erzbischofs Dyba und anderen sollen durch Aktionen gegen die notwendige Streichung des Paragraphen 218 alle Frauen und Männer offenbar an den "Pranger" gestellt werden, die sich für die Straffreiheit der Frauen aussprechen.

120 Jahre mit dem Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch sind genug, da dieser Paragraph Frauen seither diskriminiert. Aber daran soll sich offensichtlich nichts ändern. Es waren Männer der katholischen Kirche, die im Mittelalter Frauen als Hexen verbrannten. Auch das darf nicht in Vergessenheit geraten. Die katholische Kirche, insbesondere der Papst, will die Pille auch in der sogenannten "Dritten Welt" verbieten, Abtreibung als Völkermord hinstellen und damit dazu beitragen, daß Hunderttausende von Kindern in den von Hunger und Krankheiten heimgesuchten Teilen der Dritten Welt keine Überlebenschance haben.

Es stünde der Katholischen Bischofskonferenz gut an, sich der Aktion "Kinder brauchen Kinder" des Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuschließen, die sich für das Recht der Kinder auf einen Kindergartenplatz, für die Schaffung von mehr familienergänzenden Einrichtungen sowie für die Weiterführung der Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Kindern gemäß Artikel 3 des Einigungsvertrages in den neuen Bundesländern nach dem 30. Juni 1991 einsetzt.

Es ist nicht hilfreich, wenn sich die Bischofskonferenz in die totale Konfrontation begibt, nicht nur gegenüber der Politik, sondern auch gegenüber großen Teilen der eigenen Glaubensgemeinschaft.

(-/13. Juni 1991/rs/ks)

Kinder vor dem Verkehrstod retten

Zur Notwendigkeit, Tempo 30 in geschlossenen Ortschaften einzuführen

Von Horst Kubatschka MdB

Kinder müssen durch das Auto sterben, weil dem Fahrer bei Tempo 50 in geschlossenen Ortschaften oft keine Zeit zum Reagieren bleibt. Für ältere Menschen wird das Überqueren von Straßen zum Alptraum. Doch die Verantwortlichen können sich nicht durchringen, ein angemessenes Tempolimit, eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Stundenkilometer, durchzusetzen. Ich hoffe nun, im Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Josef Deimer, einen Mitstreiter für den "Tempo 30-Antrag" der SPD-Bundestagsfraktion zu finden. Seine Vorstellungen des Bayerischen Städtetages entsprechen zwar nicht exakt den Vorschlägen der SPD, haben aber in der Praxis dieselbe Bedeutung. Ich habe Deimer, der auch Oberbürgermeister von Landshut ist, aufgefordert, seinen Einfluß bei der CSU und auf die Bundesregierung geltend zu machen, um die Straßenverkehrsordnung (StVO) vom 16. November 1978 zugunsten von Tempo 30 auf Innerortsstraßen zu ändern.

Der SPD-Antrag fordert:

"Für Straßen innerhalb geschlossener Ortschaften wird Paragraph 3 Absatz 3 Nr. 1 der StVO wie folgt gefaßt: '50 km/h für die mit Zeichen 306 StVO (gelbe Raute) ausgeschilderten Vorfahrtstraßen und 30 km/h für alle anderen Innerortsstraßen'."

In der Einführung eines generellen Tempolimits von 30 Stundenkilometern innerhalb geschlossener Ortschaften sehe ich eine ganze Reihe von Vorteilen: Zunächst könnten von den Kommunen durch die Verkehrsberuhigung kostenintensive Um- und Ausbauten der Straßen vermieden werden und die Umwelt würde nachhaltig entlastet, eine Lärminderung von fünf bis sechs dB (A) könnte erreicht werden. Auch ist erwiesen, daß auf zu schnelles Fahren zurückzuführende schwere Unfälle merklich zurückgingen. Kinder und ältere Menschen, die besondere Schwierigkeiten bei der Abschätzung von Geschwindigkeiten haben, wären dann sicherer auf unseren Straßen.

Rundum sprechen nur gute Gründe für die Einführung von Tempo 30 innerhalb geschlossener Ortschaften. Ich glaube, daß sich kein verantwortungsvoller Politiker diesen Argumenten verschließen kann. Zu hoffen ist, daß wir mit parteiübergreifenden, vereinten Kräften eine Änderung der StVO zugunsten des Tempolimits durchsetzen können.

(-/13. Juni 1991/rs/ks)
